



Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates
der Marktgemeinde Lohnsburg am Kobernaußerwald

am 16. Dezember 2010, Tagungsort: Sitzungszimmer des Gemeindeamtes

Anwesende

- | | |
|--|-----------------------------|
| 1. Bgm. Ing. Mayer Maximilian als Vorsitzender | |
| 2. Vize-Bgm. Hartl Josef | 14. Pichler Stefan |
| 3. Graml Maximilian | 15. Spindler Franz |
| 4. Angleitner Christoph | 16. Birglechner Willibald |
| 5. Ing. Mitterbuchner Manfred | 17. DI. Schmiderer Bernhard |
| 6. Rachbauer Stefan | 18. Helm Anton |
| 7. Schmidbauer Johann | 19. Stempfer Josef |
| 8. Frauscher Helmut | 20. Weinhäupl Johann |
| 9. Kritzinger Johann | 21. Pichler Christoph |
| 10. Schweickl Karl | 22. Berrer Sabine |
| 11. Seifried Wilhelm | 23. Ing. Ornetsmüller Anna |
| 12. Wageneder Hermine | 24. |
| 13. Schrattenecker Paula | 25. |

Ersatzmitglieder:

Samwald Hans-Joachim
Weber-Haselberger Josef

für
für
für

Erlacher Gottfried
Dengg Alfred

Der Leiter des Gemeindeamtes:

Schrattenecker Johann

Fachkundige Personen (§ 66 Abs. 2 O.ö.GemO. 1990):

Mitglieder mit beratender Stimme in Ausschüssen (§ 18 Abs. 4 O.ö.GemO. 1990):

.....

Es fehlen:

entschuldigt:

Erlacher Gottfried
Dengg Alfred

unentschuldigt:

Der Schriftführer (§ 54 Abs. 2 O.ö. GemO. 1990):

Schrattenecker Johann

Der Vorsitzende eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm – dem Bürgermeister – einberufen wurde;
- b) die Verständigung hierzu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich oder per E-Mail am 09.12.2010 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist; die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) dass die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 04.11.2010 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden am Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift
- e) bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

Seitens der FPÖ-Fraktion liegt die Meldung über einen Wechsel des Fraktions-Obmannes von Hrn. Weinhäupl Johann zu Hrn. Erlacher Gottfried ab 17. Dezember 2010 vor. Dafür wird Hr. Weinhäupl künftig als Fraktions-Obmannstellvertreter fungieren. Diese Wechsel werden von den Fraktionsmitgliedern der FPÖ einstimmig zur Kenntnis genommen.

Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:

1. Punkt: Prüfbericht des Prüfungsausschusses – Beratung und Genehmigung

Beschluss: Prüfungsausschuss-Obm. DI. Schmiderer bringt dem Gemeinderat die wesentlichsten Punkte der Prüfungsausschusssitzung vom 09. Dezember 2010 zur Kenntnis.
Gegenstand der Prüfung war neben der Kassengebarung und den freiw. Ausgaben ohne Sachzwang, auch der Voranschlag 2011.
Bei den Förderungen ohne Sachzwang konnte festgestellt werden, dass man heuer die so 15-Euro-Regelung pro Einwohner einhalten wird können. Begründet wird dies mit der positiven Entwicklung der Postpartnerstelle sowie damit, dass heuer keine zusätzlichen Anträge von Vereinen und Wirtschaft eingebracht wurden.
GR Ing. Anna Ornetsmüller fordert daher, wenn hier schon Geld übrig sei, dass dieses für die Förderung der Jugend Verwendung finden sollte.
Kritisiert wird der hohe Zeitaufwand, den die Gemeindebediensteten für die Agrarstruktur-erhebung der Statistik Austria aufbringen müssen. GR Ing. Ornetsmüller ist hier der Meinung, dass man ohnehin einen sehr hohen Personalstand habe.
Ebenfalls wird kritisiert, dass das Land die Kindergarten-Personalkosten voraussichtlich nur aliquot zur tatsächlichen Anwesenheit der Kindergartenkinder refundieren will, sodass auf die Gemeinde hier wieder höhere Personalkosten zukommen könnten.
Beim Insolvenzverfahren Stockhammer GmbH wurde bei der Tagsatzung am 15. Dez. d.J. beim LG Ried eine Unternehmensfortführung bei einem 20%-igen Ausgleich vereinbart.
Da der Voranschlag 2011 Gegenstand eines separaten Tagesordnungspunktes ist, wird dazu nur kurz Stellung genommen.
Nachdem auch Bgm. Ing. Max Mayer zu den einzelnen Punkten eine kurze Erklärung abgegeben hat, wird auf seinen Antrag der Bericht der Prüfungsausschusssitzung vom 09. Dezember 2010 einstimmig per Handzeichen zur Kenntnis genommen und genehmigt.

2. Punkt: Prüfbericht der BH Ried/I. zum Nachtragsvoranschlag 2010 – Beratung u. Genehmigung

Beschluss: Bgm. Mayer erklärt, dass der Prüfbericht der BH Ried/I. vom 18. November d.J., Zl. Gem-40-9/13-2010, zum Nachtragsvoranschlag 2010 den einzelnen Fraktionen zugegangen ist. GR Ing. Anna Ornetsmüller kritisiert in diesem Zusammenhang die an und für sich relativ große Differenz zwischen Voranschlag und Nachtragsvoranschlag. AL Schrattenecker begründet dies vorwiegend mit der vorherrschenden Wirtschaftskrise, da es heuer ganz schwierig war, die Entwicklung bei diversen Positionen richtig einzuschätzen. Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, wird auf Antrag des Bürgermeisters der Prüfbericht der BH Ried/I. zum Nachtragsvoranschlag 2010 einstimmig zur Kenntnis genommen und genehmigt.

3. Punkt: Festsetzung der Steuern und Abgaben für das Jahr 2011 – Beratung u. Beschlussfassung

Beschluss: Der Bürgermeister informiert, dass alljährlich die Steuern und Abgaben der Gemeinde rechtzeitig neu zu beschließen sind, um schon zu Beginn des neuen Jahres auch tatsächlich rechtskräftig zu sein. In der Folge gibt er die Hebesätze für das Jahr 2011 bekannt, welche gegenüber 2010 unverändert bleiben:

Grundsteuer für land- u. forstwirtschaftl. Betriebe	500,000 v.H.d.Steuermessbetrages
Grundsteuer für Grundstücke (B)	500,000 v.H.d.Steuermessbetrages
Lustbarkeitsabgabe (Kartenabgabe)	15,000 v.H.d. Preises o. Entgeltes
Hundeabgabe	12,000 EUR für jeden Hund
Hundeabgabe	12,000 EUR für jeden weiteren Hund
Hundeabgabe	12,000 EUR für Wachhunde
Leichenhallenbenützungsgebühr	40,000 EUR pro Sterbefall
Kanalbenützungsgebühr	lt. Verordnung
Kanalanschlussgebühr	lt. Verordnung
Abfallabfuhrgebühr	lt. Verordnung

Auf Antrag des Bürgermeisters werden sodann die Hebesätze der Gemeindesteuern und –abgaben für das Finanzjahr 2011 wie oben angeführt einstimmig per Handzeichen beschlossen.

4. Punkt: Anträge auf Bedarfszuweisungsmittel für das Jahr 2011 – Beratung u. Beschlussfassung

Beschluss: Der Bürgermeister berichtet, dass so wie jedes Jahr für die außerordentlichen Bauvorhaben der Gemeinde im kommenden Jahr Bedarfszuweisungsanträge zu stellen sind; noch nicht genehmigte Vorhaben sind zu erneuern. Aufgrund der Wirtschaftskrise sind viele öö. Gemeinden zu sog. Abgangsgemeinden mutiert, wodurch ein Großteil der ansonsten für Projekte und Vorhaben vorgesehenen Bedarfszuweisungsmittel bereits für den Ausgleich der ordentlichen Haushalte der Gemeinden aufgebraucht wird. Auch in Lohnsburg werden sich aufgrund der angespannten finanziellen Lage die Vorhaben in nächster Zeit in Grenzen halten. Der Bürgermeister gibt in der Folge zu den einzelnen Vorhaben eine kurze Erklärung ab.

1) Ausgleich des ordentlichen Haushaltes 2010

Auch Lohnsburg ist infolge der Wirtschaftskrise im Vorjahr zu einer Abgangsgemeinde geworden. Hauptverantwortlich für den Abgang sind deutliche Rückgänge bei den Ertragsanteilen und der Kommunalsteuer bzw. ein erneut starkes Ansteigen der Beiträge an den Sozialhilfeverband sowie des Krankenanstaltenbeitrages. Der BZ-Antrag sieht BZ-Mittel in der Höhe von € 250.000,- vor.

- 2) **Gemeindestraßen – und Ortschaftswegebau**
Für Maßnahmen an Gemeindestraßen und Ortschaftswegen sind für das kommende Jahr Mittel in der Höhe von € 50.000,- vorgesehen, welche durch BZ-Mittel in der Höhe von € 20.000,-, € 15.000,- Landeszuschüsse sowie € 15.000,- Interessentenbeiträge (Verkehrsflächenbeiträge) bedeckt werden sollen.
- 3) **Sanierung Kindergarten-Spielplatz**
Aufgrund des fortgeschrittenen Alters ist ein Großteil der bestehenden Spielgeräte bereits derart desolat, dass – vor allem auch aus Sicherheitsgründen- eine General-sanierung dringend erforderlich ist.
Von der Direktion Bildung und Gesellschaft wird das Projekt derzeit geprüft. Eine Kostenschätzung des Techn. Büros Spiel-Raum-Creativ aus Neuhofen/l. beläuft sich auf € 50.100,-.
GR Ing. Anna Ornetsmüller erscheinen diese Kosten an und für sich als viel zu hoch. GR Helm Anton übt daraufhin dahingehend Kritik an Frau Ornetsmüller, dass ihr € 50.000,- für die Lohnsburger Kinder zu viel wären.
Der BZ-Antrag sieht BZ-Mittel in der Höhe von € 15.000,-, Landeszuschüsse (Direktion Bildung) von € 20.000,- sowie Anteilsbeträge aus dem ordentl. Haushalt von € 15.100,- vor.

Nach eingehender Beratung werden sodann die vorliegenden BZ-Anträge 2010 auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig per Handzeichen beschlossen und dabei folgende Reihung vorgenommen:

- 1) Ausgleich des ordentlichen Haushaltes 2010
- 2) Gemeindestraßen- u. Ortschaftswegebau
- 3) Sanierung Kindergarten-Spielplatz

5. Punkt: Neubeschlussfassung über die Aufnahme von Kassenkrediten für das Jahr 2011

Beschluss: Der Bürgermeister berichtet, dass die Aufnahme von Kassenkrediten jährlich neu zu beschließen ist. Es wurden die beiden örtlichen Banken Raiba Lohnsburg und Sparkasse Ried-Haag sowie die Bawag PSK zur Offertlegung eingeladen.

Ausgeschrieben wurde ein Kreditrahmen mit € 450.000,-; Zinsanbindung an den 3-Monats-Euribo.

Die Angebote bei den Soll-Zinsen lauten bei der Raiba Lohnsburg auf 0,60 % Zuschlag zum 3-Monats-Euribor (Zinssatz somit dzt. 1,63 %), bei der Sparkasse Ried-Haag auf 0,49 % Zuschlag (Zinssatz dzt. somit 1,516 %) sowie bei der Bawag PSK auf 0,50 % Zuschlag (Zinssatz somit dzt. 1,54 %).

Die Habenzinssätze lauten bei der Raiba Lohnsburg 0,625 % sowie jeweils 0,50 % bei der Sparkasse Ried-Haag und Bawag PSK.

Während die Sparkasse und Bawag PSK für den Zahlungsverkehr diverse Gebühren und Spesen einheben würden, würde die Raiba Lohnsburg bei einem Zuschlag des Kassenkredites - so wie auch schon bisher - auf diese Position verzichten, was lt. Erfahrungswerten aus den Vorjahren bzw. einer Aufstellung der Raiba über im heurigen Jahr bisher angefallenen – jedoch nicht verrechneten Spesen – einen Betrag zwischen rd. 1.600,- und 2.000,- ausmachen würde.

Der Unterschied von 0,10 % Sollzinsen beträgt dagegen lediglich rd. € 200 bis € 300,-, sodass man in Summe gesehen das Angebot der Raiba Lohnsburg eindeutig als das günstigste bewerten kann.

Für GR Weinhäupl Johann (FPÖ) wiegt der Verzicht der Raiba auf Einhebung von Geldverkehrsspesen den geringfügigen Zinsunterschied bei weitem auf; außerdem weist er in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen jährlichen Subventionen der Raiba an Lohnsburger Vereine hin.

Auch für GR DI. Bernhard Schmiderer (SPÖ) ist das Gesamtpaket der Raiba Lohnsburg über den übrigen Angeboten zu stellen.

GR Ing. Anna Ornetsmüller (BZÖ) bewertet die Erhöhung des Kassenkredites von dtz. 300.000,- Euro auf künftig € 450.000,- als Zeichen einer schlechten Wirtschaft durch die ÖVP.

AL Schrattecker klärt dazu auf, dass die Erhöhung darauf zurückzuführen ist, dass man im heurigen Jahr aufgrund der schwierigen Wirtschaftslage gelegentlich etwas Probleme mit dem Kreditrahmen gehabt habe. Um dies künftig zu vermeiden, sei die Aufstockung erfolgt; zudem ist gem. § 83 der OÖ.GemO. die Aufnahme von Kassenkrediten bis zu einem Sechstel der Einnahmen des ordentl. Haushaltes möglich. Außerdem würde es sich hierbei lediglich um einen Kreditrahmen handeln und man ohnehin trachten werde, diesen nur so wenig wie möglich auszuschöpfen.

Nach eingehender Diskussion wird sodann auf Antrag des Bürgermeisters die Aufnahme des Kassenkredites für das Jahr 2011 mit einem Rahmen in der Höhe von € 450.000,- an die Raiffeisenbank Lohnsburg zu den o.a. Konditionen mit 24 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme durch GR Ing. Anna Ornetsmüller (BZÖ) mehrheitlich per Handzeichen beschlossen.

6. Punkt: Bericht des Ausschusses für Kindergarten-Schule-Soziales-Familie-Integration – Beratung und Kenntnisnahme

Beschluss: Ausschuss-Obmann Helm Anton bringt dem Gemeinderat das Protokoll der Sitzung vom 02. Dezember 2010 zur Kenntnis.

Hauptthema dieser Besprechung war vor allem der Antrag der FPÖ-Fraktion auf eine finanzielle Unterstützung für Lehrlinge seitens der Gemeinde.

Nach eingehender Beratung wurde nachstehendes Modell bzw. Vorschlag ausgearbeitet:

Gemeindesubvention in der Höhe von € 100,- in Form von Gutscheinen (z.B. € 5,-) pro Lehrling im ersten Lehrjahr nach positivem Berufsschulabschluss. Die Gutscheine sollen bei den Lohnsburger Unternehmen Gadermeier, Badegruber, Spar-Markt eingelöst werden können; nicht jedoch für Alkoholika und Tabakwaren. Vize-Bgm. Hartl schlägt in diesem Zusammenhang weitere Unternehmen wie Lagerhaus u. Friseur vor.

Insgesamt wären von der Unterstützung rd. 15 – 20 Jugendliche betroffen, sodass diese Maßnahme im Rahmen des sog. 15-Euro-Erlasses noch möglich sein sollte.

Weiters wurden bei dieser Sitzung auch noch diverse Vorschläge der Kindergarten-Inspektorin des Landes OÖ. zu den vorliegenden Plänen bei der Sanierung des Kindergartenspielfeldes besprochen.

Auf Antrag des Bürgermeisters wird sodann der Bericht des Ausschusses für Kindergarten-Schule-Soziales-Familie-Integration vom 02.12.2010 einstimmig per Handzeichen zur Kenntnis genommen.

7. Punkt: Antrag der FPÖ-Fraktion auf finanz. Unterstützung für Lohnsburger Lehrlinge – Beratung und Beschlussfassung

Beschluss: GR Weinhäupl Johann (FPÖ) erläutert kurz noch einmal die Beweggründe für diesen Antrag, der ursprünglich ja als Fahrtkostenunterstützung für Lehrlinge angedacht war, wofür es jedoch bereits diverse Beihilfen durch Bund und Land gibt. Für ihn wären die vom Ausschuss für Kindergarten-Schule-Soziales-Familie-Integration vorgeschlagenen € 100,- pro Lehrling und Jahr jedenfalls sehr positiv (siehe dazu TOP 6).

Für GR Helm Anton (SPÖ) würde eine finanz. Unterstützung eine gewisse Anerkennung für einen positiven Berufsschulabschluss (1. Lehrjahr) darstellen; für Bgm. Mayer überhaupt eine Art von Wertschätzung Lehrlingen gegenüber.

GR Wageneder Hermine (ÖVP) stellt in diesem Zusammenhang eine Benachteiligung von Schülern gegenüber Lehrlingen fest.

Bgm. Mayer schlägt letztendlich vor, um sich den Rahmen für freiwillige Ausgaben ohne Sachzwang für weitere mögliche Ansuchen nicht ganz zu verbauen, diese finanzielle Unterstützung für Lehrlinge vorerst einmal für ein Jahr (2011) zu beschränken.

Auf seinen Vorschlag wird dieser Vorschlag mit 24 Ja-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung durch GR Graml Max (ÖVP) mehrheitlich angenommen.

GR Schmiderer Bernhard (SPÖ) schlägt eine gemeinsame Gutschein-Überreichung durch alle GR-Fraktionen an die Lehrlinge vor.

Erforderlich sein wird jedenfalls eine Bestätigung des jeweiligen Lehrherrn über den positiven Schulabschluss. Die genauen Details sollen wiederum im Ausschuss ausgearbeitet werden.

8. Punkt: Freiwillige Ausgaben ohne Sachzwang (Vereinsförderungen) – Beratung und Beschlussfassung

Beschluss: Der Bürgermeister stellt fest, dass sich heuer die Lohnsburger Vereine und Körperschaften – vermutlich auch aufgrund der Wirtschaftskrise – mit Subventionsanträgen sehr zurück gehalten haben, sodass der sog. 15-Euro-Erlass aller Voraussicht nach eingehalten werden kann.

Etliche Anträge liegen trotzdem vor, die es zu beraten gilt und worüber abzustimmen ist:

1) Bienenzüchterverein Lohnsburg-Waldzell

Mit Schreiben vom April d.J. ersucht der Bienenzüchterverein Lohnsburg-Waldzell wiederum um Gewährung einer Subvention. Zur Bekämpfung von Krankheiten erwachsen dem Bienenzüchterverein immer wieder ganz beträchtliche Kosten.

Auf Antrag des Bürgermeisters wird daher einstimmig per Handzeichen beschlossen, dem Bienenzüchterverein Lohnsburg-Waldzell so wie in den Vorjahren eine Subvention in der Höhe von € 150,- zu gewähren.

2) OÖ. Zivilschutzverband

Mit Schreiben vom September d.J. ersucht der OÖ. Zivilschutzverband zur Finanzierung seiner Arbeit um Gewährung eines Förderungsbeitrages von € 0,17 pro Einwohner (€ 380,12). Da heuer noch ein geringer Spielraum besteht, wird nach kurzer Diskussion auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig per Handzeichen beschlossen, dem OÖ. Zivilschutzverband den Förderungsbeitrag 2010 in vorhin angeführter Höhe zu gewähren.

3) OÖ. Blasmusikverband

Wie alljährlich ersucht der Oö. Blasmusikverband mit Schreiben vom 31. Oktober 2010 um Gewährung eines Kulturbeitrages für die Jugendarbeit und die Aus-, Weiter- und Fortbildung der Musiker/innen im Bezirk.

Nach kurzer Diskussion wird auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig per Handzeichen beschlossen, dem Oö. Blasmusikverband auch für 2010 einen Kulturbeitrag in der Höhe von € 200,- zu gewähren.

4) OÖ. Familienbund

Mit Schreiben vom 30. September d.J. ersucht der Oö. Familienbund um eine finanz. Unterstützung in der Höhe von €1.000,- zur Abdeckung der lfd. Kosten im Familienbundzentrum Aspach.

Da man hier keinen direkten Bezug zu Lohnsburg sieht, wird dieses Ansuchen nach kurzer Diskussion auf Antrag des Bürgermeisters mit 24 Nein-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung durch GR Graml Max (ÖVP) abgelehnt.

9. Punkt: Bericht des Kanal- u. Umweltausschusses – Beratung und Kenntnisnahme

Beschluss: Der Bürgermeister informiert, dass der Kanal- u. Umweltausschuss – vor allem aber Ausschuss-Obmann Ing. Mitterbuchner - in den letzten Wochen mit den Bestimmungen des neuen Abfallwirtschaftsgesetzes und somit mit der Erstellung einer neuen Abfallordnung und Abfallgebührenordnung bzw. auch mit einer neuen Kanalgebührenordnung ziemlich beschäftigt war.

Obm. Mitterbuchner bringt in der Folge dem Gemeinderat die einzelnen Punkte der Ausschusssitzung vom 18. November d.J. zur Kenntnis.

Gegenstand dieser Sitzung war vor allem die Erstellung neuer Verordnungen auf dem Abfallsektor sowie auch eine neue Kanalgebührenordnung.

Der Rücklauf zur Datenerfassung bei den Abfallgebunden lässt lt. Bgm. Mayer noch zu wünschen übrig, sodass hier noch sehr viel durch die Gemeindebediensteten nachgerufen werden muss, um den Bedarf an neuen Tonnen erheben zu können.

Die neuen Abfalltonnen sollen lt. AL Schrattenecker gemeinsam mit den neuen Biotonnen, Aufklebern, SESO und Maisstärke-Säcken im Zuge der ersten Mülltonnen-Entleerung Ende Jänner 2011 durch die Gemeindearbeiter an jeden Haushalt zugestellt werden, sofern es mit der Produktion keinen Engpass gibt. Diese Maßnahme stellt sicherlich ein umfassendes Service der Gemeinde an die Bürger dar.

Auf Antrag des Bürgermeisters wird sodann der Bericht des Kanal- und Umweltausschusses vom 18. November 2010 einstimmig per Handzeichen zur Kenntnis genommen.

10. Punkt: Abfallordnung 2011 – Beratung und Beschlussfassung

Beschluss: Der Bürgermeister berichtet, dass der ursprüngliche – vom BAV Ried/l. entworfene – Verordnungsentwurf einer Verordnungsprüfung durch das Land nicht stand hielt, sodass vom Kanal- und Umweltausschuss in ausführlichen Besprechungen eine neue – an das AWG 2009 angepasste – Abfallordnung ausgearbeitet wurde, welche allen Fraktionen zugegangen ist.

Ausschuss-Obmann Ing. Mitterbuchner erläutert dem Gemeinderat in der Folge die wesentlichsten Punkte der neuen Verordnung.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, wird auf Antrag des Bürgermeisters die Abfallordnung 2011 der MGde. Lohnsburg a.K. in der vorliegenden Fassung einstimmig per Handzeichen zur Kenntnis genommen und genehmigt.

11. Punkt: Abfallgebührenordnung 2011 – Beratung und Beschlussfassung

Beschluss: Neben einer Abfallordnung ist auch eine neue Abfallgebührenordnung zu beschließen, welche die Tarife der Abfallentsorgung regelt. Die Tarifgestaltung (Unterteilung in eine Grundgebühr und Abfallgebühr) wurde lt. Kanal- u. Umweltausschuss-Obmann Mitterbuchner an die Vorgaben des neuen AWG angelehnt.

Die Erhöhung der Abfallgebühr von rd. € 14,- pro Haushalt gegenüber dem Vorjahr ist auf den Beitrag, den die Gemeinde zur Errichtung des neuen Altstoffsammelzentrums an den BAV Ried/l. zu leisten hat, zurückzuführen.

Günstiger werden jedoch künftig die Tarife für die Biotonnen-Entleerung gestaltet sein; dies soll einen Anreiz für einen vermehrten Einstieg zur Biotonne bieten.

Obm. Ing. Mitterbuchner erläutert in der Folge die einzelnen Positionen der neuen Gebührenordnung.

GR Ing. Anna Ornetzmüller (BZÖ) kritisiert, dass die neuen Tarife der Bevölkerung bereits vor Beschlussfassung im Gemeinderat bekannt gegeben wurden und fordert zudem für das nächste Jahr eine Verrechnung der Abfallgebühren nach Einwohnern, da dies ihrer Meinung nach gerechter wäre.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, wird auf Antrag des Bürgermeisters die Abfallgebührenordnung 2011 der MGde. Lohnsburg a.K. in der vorliegenden Fassung einstimmig per Handzeichen zur Kenntnis genommen und genehmigt.

12. Punkt: Kanalgebührenordnung 2011 – Beratung und Beschlussfassung

Beschluss: Bgm. Mayer berichtet, dass die vom Kanal- und Umweltausschuss ausgearbeitete Kanalgebührenordnung 2011 inhaltlich beinahezu ident mit der bestehenden Kanalgebührenordnung 2010 ist; lediglich in § 5 wurde Abs. 2 dahingehend abgeändert, dass die Verpflichtung zur Entrichtung einer ergänzenden Kanalanschlussgebühr künftig bereits mit der Erteilung der Baubewilligung bzw. der Anzeige eines Bauvorhabens entsteht. Dies soll vor allem eine verwaltungstechnische Verbesserung bringen. Bisher war die ergänzende Kanalanschlussgebühr erst mit der Baufertigstellung fällig, was jedoch sehr oft dazu geführt hat, dass Bauwerber die Baufertigstellung extrem lange hinausgezögert haben, um dadurch die ergänzende Kanalanschlussgebühr nicht entrichten zu müssen. Sowohl bei den Anschluss- als auch Benützungsgebühren hat man sich bei der Kanalgebührenordnung 2011 wieder an die vom Land bekannt gegebenen Mindestsätze gehalten. Bei den Benützungsgebühren ist nach wie vor ein Aufschlag von € 0,20 zu verrechnen, da Lohnsburg zwar den Haushalt 2011 lt. Voranschlag wieder ausgleichen wird können, der Abgang aus dem Haushaltjahr 2010 jedoch höher sein wird als der Überschuss 2011 und die Gemeinde lt. Auskunft der Gemeindeabteilung bei der BH Ried/Il. somit nach wie vor als sog. Abgangsgemeinde bezeichnet wird. Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, wird auf Antrag des Bürgermeisters die Kanalgebührenordnung 2011 der MGde. Lohnsburg a.K. in der vorliegenden Fassung einstimmig per Handzeichen zur Kenntnis genommen und genehmigt.

13. Punkt: Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsvoranschlages 2011 einschl. mittelfristiger Finanzplanung und Dienstpostenplan

Beschluss: Der Bürgermeister berichtet, dass der Entwurf für den Haushaltsvoranschlag 2011 zur Beschlussfassung vorliegt. Während der Kundmachungszeit wurden dagegen keine Einwände vorgebracht. Der Voranschlag wurde vom Prüfungsausschuss geprüft, mit den Fraktionsobmännern besprochen und stand auch den Fraktionen zur Beratung zur Verfügung. Der ordentliche Haushalt weist bei Einnahmen von € 3,051.000,- und Ausgaben von € 3,009.500,- einen Überschuss in der Höhe von € 41.500,- auf, während der ausserordentliche Haushalt bei Einnahmen von € 173.800,- und Ausgaben von € 117.000,- ebenfalls einen Überschuss von € 56.800,- aufweist. Dem ausserordentlichen Haushalt können € 51.800,-, davon zweckgebundene Verkehrsflächenbeiträge in der Höhe von € 15.000,-, zugeführt werden. Der Schuldenstand der Gemeinde wird sich im kommenden Jahr auf rd. € 2,56 Mio. belaufen. Der Bürgermeister erläutert in der Folge die wichtigsten Eckdaten des Voranschlages 2011. AL Schrattenecker, der darauf verweist, dass der Voranschlag wiederum sehr vorsichtig und sparsam kalkuliert wurde, ergänzt die Ausführungen des Bürgermeisters noch in einigen Bereichen. Aufgrund der zuletzt doch wieder etwas besseren Wirtschaftslage haben sich auch die Rahmenbedingungen bei der Voranschlagserstellung wieder leicht positiv entwickelt. So sollen die Ertragsanteile im kommenden Jahr gegenüber 2010 um rd. € 157.500,- ansteigen, während die Krankenanstaltenbeiträge und Beiträge an den Sozialhilfeverband aufgrund der infolge der Wirtschaftskrise gegenüber den Vorjahren etwas gesunkenen Finanzkraft der Gemeinde stagnieren bzw. sogar etwas niedriger sein werden. Der ausserordentliche Haushalt weist mit der geplanten Sanierung des Kindergarten-Spielplatzes lediglich ein neues Vorhaben aus, wofür es von der Direktion Bildung und Gesellschaft beim Land OÖ. bereits positive Signale gibt. Alle weiteren Vorhaben wurden vom Land infolge der Wirtschaftskrise vorerst einmal gestoppt. Vorrangig ist vorerst einmal die Ausfinanzierung „alter“ Vorhaben. GR Ing. Anna Ornetsmüller (BZÖ) will in diesem Zusammenhang vom Bürgermeister wissen, wie die Gemeinde gedenkt, die Schulden des ausserordentlichen Haushaltes zu begleichen, worauf ihr dieser zur Antwort gibt, dass die Gemeinde dies in Abstimmung mit dem Land abklären werde.

Nachdem vom Gemeinderat keine weiteren Anfragen mehr zum Voranschlag gemacht werden, werden auf Antrag des Bürgermeisters der ordentliche und ausserordentliche Voranschlag für das Haushaltsjahr 2011 mit 24-Ja-Stimmen und 1 Enthaltung durch GR Ing. Anna Ornetsmüller (BZÖ) mehrheitlich sowie der Dienstpostenplan und die Gebührenkalkulation für die Abwasserentsorgung in der vorliegenden Fassung einstimmig per Handzeichen beschlossen. Das Ausmaß für Erläuterungen bei Abweichungen von Voranschlagsbeträgen wird mit € 730,- bzw. 5 % festgelegt, der Höchstbetrag für Kassenkredite mit Euro 508.500,- festgesetzt,

A: Ordentlicher Voranschlag:

Summe der Einnahmen	€ 3.051.000,-
Summe der Ausgaben	€ 3.009.500,-
Überschuss:	€ 41.500,-

B: Ausserordentlicher Voranschlag:

Summe der Einnahmen	€ 173.800,-
Summe der Ausgaben	€ 117.000,-
Überschuss	€ 56.800,-

Der Bürgermeister erklärt, dass seit einigen Jahren neben dem Voranschlag auch ein sog. Mittelfristiger Finanzplan zu beschließen ist. Dieser stellt die Entwicklung der Gemeindefinanzen über einen längeren Zeitraum dar (heuer von 2011 - 2014).

Im Mittelfristigen Investitionsplan werden die Bauvorhaben der Gemeinde in den nächsten Jahren dargestellt; es sei hier jedoch sehr schwer einzuschätzen, was wann errichtet werden kann, da man ja auch die entsprechenden Genehmigungen abwarten muss bzw. nicht genau sagen kann, mit welchen Förderungen man rechnen kann.

Die Freie Budgetspitze sagt aus, welche Mittel der Gemeinde für ausserordentliche Vorhaben voraussichtlich zur Verfügung stehen werden. Hier zeichnet sich wieder ein Trend nach oben ab.

Auf Antrag des Bürgermeisters wird sodann auch der Mittelfristige Finanzplan in der vorliegenden Form mit 24-Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung durch GR Ing. Anna Ornetsmüller mehrheitlich per Handzeichen beschlossen.

14. Punkt: Beratung und Beschlussfassung über Darlehensoptimierungen im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft (Kanalbau)

Beschluss: Bgm. Ing. Mayer teilt mit, dass die Gemeinde von der Aufsichtsbehörde eindringlich darauf aufmerksam gemacht wurde, dass Abgangsgemeinden bei vom Bund mit Annuitätenzuschüssen geförderten Darlehen im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft sog. Darlehensoptimierungen (Laufzeitverlängerungen auf 33 Jahre bzw. Anbindung des Zinssatzes an den EURIBOR) vorzunehmen haben. Betroffen davon sind insgesamt fünf Darlehen (Raiba Lohnsburg 4x, Sparkasse Ried-Haag 1x).

Obwohl Lohnsburg lt. Voranschlag 2011 den ordentlichen Haushalt voraussichtlich ausgleichen können wird, mit diesem Überschuss jedoch den Abgang aus dem Jahr 2010 nicht abdecken kann, gilt lt. telefonischer Auskunft von Hrn. Secklehner (Direktion Inneres und Kommunales) unsere Gemeinde somit in diesem Zusammenhang nach wie vor als Abgangsgemeinde.

Seitens der Gemeinde wurden daher Verhandlungen mit den betroffenen Banken aufgenommen und dabei folgende Vorschläge bzw. Ergebnisse erzielt:

- a) Sparkasse Ried-Haag: Darlehen-Nr. 0062-005699 bish. Zinssatz: EUR + 0,06 %
Mit Schreiben vom 24. November d.J. erklärt sich die Bank bereit, die Laufzeit bei sonst gleich bleibenden Konditionen von bisher 25 auf künftig 33 Jahre zu strecken.

- b) Raiba Lohnsburg: Darlehen-Nr. 20056800 bish. Zinssatz: EUR + 0,125 %
Mit Schreiben vom 06. Dezember d.J. erklärt sich die Bank bereit, die Laufzeit bei sonst gleich bleibenden Konditionen von bisher 25 auf künftig 33 Jahre zu strecken.
- c) Raiba Lohnsburg: Darlehen-Nr. 20056222 bish. Zinssatz: 6,375 % fix
Mit Schreiben vom 06. Dezember d.J. erklärt sich die Bank bereit, die Laufzeit bei einer Änderung der Zinssatzanbindung an den EURIBOR mit einem Aufschlag von 0,60 % von bisher 25 auf künftig 33 Jahre zu strecken.
- d) Raiba Lohnsburg: Darlehen-Nr. 20056842 bish. Zinssatz: SMR + 0,0 %
Mit Schreiben vom 06. Dezember d.J. erklärt sich die Bank bereit, die Laufzeit bei einer Änderung der Zinssatzanbindung an den EURIBOR mit einem Aufschlag von 0,60 % von bisher 25 auf künftig 33 Jahre zu strecken.
- e) Raiba Lohnsburg: Darlehen-Nr. 20056214 bish. Zinssatz: SMR - 0,125 %
Mit Schreiben vom 06. Dezember d.J. erklärt sich die Bank bereit, die Laufzeit bei einer Änderung der Zinssatzanbindung an den EURIBOR mit einem Aufschlag von 0,60 % von bisher 25 auf künftig 33 Jahre zu strecken.

Lt. einer tel. Auskunft von Hrn. Secklehner wird von der Aufsichtsbehörde dzt. bei Darlehen im Bereich der Siedlungswirtschaft bei Zinssatzanbindungen an den EURIBOR ein Aufschlag von 0,60 % akzeptiert.

Grundsätzlich muss festgehalten, dass sich beide Banken in dieser Angelegenheit sehr fair verhalten haben und auch mögliche Pönale nicht in Rechnung stellen werden.

Auf Antrag des Bürgermeisters werden sodann nach kurzer Diskussion vorhin angeführte Darlehensoptimierungen (Streckung der Laufzeiten bzw. Zinssatzanbindungen an den EURIBOR) einstimmig per Handzeichen zur Kenntnis genommen und beschlossen.

15. Punkt: Beratung und Beschlussfassung über Bereitstellung von Geldmittel für die „Verein zur Förderung der Infrastruktur der MGde. Lohnsburg a.K. & CoKG“ zur Bedeckung der angefallenen Architektenkosten (Veranstaltungshalle/Musikprobenraum)

Beschluss: Der Bürgermeister gibt noch einmal einen kurzen Rückblick über das bisher Geschehene. So wurde in der Zwischenzeit die entsprechende Firma gegründet und diese auch in's sog. Firmenbuch eingetragen. Um nunmehr die ersten Rechnungen durch die Firma begleichen zu können, hat die Gemeinde der Firma die entsprechenden Mittel freizugeben. Bei den betr. Rechnungen handelt es sich in erster Linie um die Kosten der SNP-Architektur in Wien über die Erstellung eines Vorentwurfes bzw. Entwurfes einschl. 5 % Nebenkosten im Gesamtbetrag von € 36.574,20 sowie um die Kosten von RA Dr. Kahrer bei der Firmenbucheintragung im Betrag von € 311,-. Nachdem es dazu keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, werden auf Antrag des Bürgermeisters der Fa. „Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Lohnsburg a.K. & CoKG“ die vorhin angeführten Liquiditätszuschüsse zur Begleichung der entsprechenden Rechnungen mit 24 Ja-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung (GR Ing. Ornetsmüller) freigegeben.

16. Punkt: Antrag von Frau Ing. Anna Ornetsmüller (BZÖ) auf Einführung des „Jugendtaxi-modells für Jugendliche der Gemeinde Lohnsburg a.K. - Besprechung

Beschluss: Mit Schreiben vom 30.11.2010 beantragt GR Ing. Anna Ornetsmüller (BZÖ) die Besprechung über die Einführung eines Jugendtaximodells für Jugendliche der Gemeinde Lohnsburg a.K.

In der Folge erläutert Fr. Ornetsmüller die Hintergründe ihres Antrages: So sind Jugendliche im Straßenverkehr infolge Unerfahrenheit und Leichtsinns besonders stark gefährdet und die Einführung eines sog. Jugendtaxis könnte hier Abhilfe schaffen. Von Landesseite würden solche Modelle mit 50 % der Kosten gefördert werden.

Bgm. Mayer erklärt dazu, dass solche Modelle in etlichen Gemeinden bereits laufen – teils mit Erfolg, teils weniger erfolgreich. Jedenfalls würde es sich bei Subventionen durch die Gemeinde hier um freiwillige Ausgaben ohne Sachzwang handeln.

Um die näheren Details, wie Abwicklung, Kosten etc. klären zu können, wird nach kurzer Diskussion auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig per Handzeichen beschlossen den Antrag an den Ausschuss für Kultur-Sport-Jugend-Senioren zu verweisen.

17. Punkt: Antrag der FPÖ-Fraktion auf Beschlussfassung einer Resolution der MGde. Lohnsburg a.K. an den Oö. Landtag und die Oö. Landesregierung betreffend die Einführung eines Bettelverbotes in Österreich

Beschluss: Mit Schreiben vom 27. November 2010 beantragt die FPÖ-Fraktion Lohnsburg die Beschlussfassung einer Resolution der Marktgemeinde Lohnsburg a.K. an den Oö. Landtag und die Oö. Landesregierung betreffend die Einführung eines Bettelverbotes in Österreich.

AL Schrattecker bringt dem Gemeinderat diesen Antrag vollinhaltlich zur Kenntnis. GR Weinhäupl Johann (FPÖ) erläutert in der Folge die Hintergründe. So würde in Österreich die sog. Haus-Bettelei immer mehr zunehmen und viele Bewohner – vor allem ältere Leute – dadurch verängstigt werden.

Für Fr. Ing. Ornetsmüller (BZÖ) ist es schwierig zu unterscheiden zwischen organisiertem Betteln und tatsächlich armen, bedürftigen Personen.

Für die ÖVP-Fraktion ist das Problem sicher nicht von der Hand zu weisen; ausserdem laufen im Oö. Landtag auch bereits diesbezügliche Gespräche. Ob eine solche Resolution Unterstützung der Gemeinden bedarf, ist jedoch zu hinterfragen. Auch stellt sich die Frage, ob ein Verbot die Lage auch tatsächlich verbessern würde.

GR Helm Anton (SPÖ) führt an, dass auch viele Kindern zum organisierten Betteln mißbraucht werden und die Resolution daher jedenfalls gerechtfertigt sei.

Nach eingehender Diskussion wird sodann auf Antrag des Bürgermeisters der FPÖ-Antrag auf Beschlussfassung einer Resolution der MGde. Lohnsburg a.K. an den Oö. Landtag und die Oö. Landesregierung betreffend die Einführung eines Bettelverbotes in Österreich mit 12 Nein-Stimmen (Bgm. Mayer Max, Kritzinger Johann, Schrattecker Paula, Angleitner Christoph, Rachbauer Stefan, Graml Max, Frauscher Helmut, Ing. Ornetsmüller Anna, Birglechner Willibald, Pichler Stefan, Spindler Franz, DI. Schmiderer Bernhard) und 6 Stimmenthaltungen (Hartl Josef, Ing. Mitterbuchner Manfred, Wageneder Hermine, Schmidbauer Johann, Seifried Wilhelm, Schweickl Karl) bei 7 Ja-Stimmen (Weinhäupl Johann, Pichler Christoph, Berrer Sabine, Stempfer Josef, Samwald Hans-Joachim, Weber-Haselberger Josef u. Helm Anton) mehrheitlich per Handzeichen abgelehnt.

18. Punkt: Allfälliges

EKIZ-Spielgruppe

Der Bürgermeister berichtet, dass das Eltern-Kind-Zentrum Mettmach auf der Suche nach einer geeigneten Räumlichkeit für sog. Spielgruppen in Lohnsburg mit dem ehem. Postamt nunmehr fündig geworden ist. Bisher war man im Pfarrheim untergebracht. Mierte soll keine verlangt werden. GR Helm fordert jedoch die Verfassung einer schriftlichen Vereinbarung, worin festgehalten wird, dass es sich hierbei lediglich um ein befristetes Zurverfügungstellen handelt. Sollte es nämlich ernsthafte Interessenten geben, so will man diese Räumlichkeiten doch wieder – gegen Entgelt – vermieten.

Zufahrt Lagerhaus – ASZ (Errichtung einer Stützmauer)

Aufgrund der Steilheit des Geländes ist dort die Errichtung einer Stützmauer durch das Lagerhaus geplant. Der Bürgermeister ersucht den Straßenausschuss, sich der Sache anzunehmen.

Auflassung Container-Standplätze

Durch die Inbetriebnahme des neuen ASZ ist die Auflassung der bisherigen Container-Standplätze in der Gemeinde beabsichtigt.

Lt. Ing. Mitterbuchner Manfred wird diese Lösung von vielen Bürgern – vor allem draußen in den Ortschaften – angeblich nicht gut geheißen.

GR Schweickl Karl weist auf die ständigen Verschmutzungen im Bereich der ehem. Standplätze hin.

GR Ing. Ornetzmüller findet diese Lösung ebenfalls nicht bürgerfreundlich, außerdem seien die ASZ-Öffnungszeiten zu kurz.

Bgm. Mayer ersucht hier um ein Umdenken – ganz besonders die Gemeinderäte. Man werde die Sache jedenfalls einmal genau beobachten, bevor man weitere Entscheidungen trifft.

Glasfaseranschluss

Da hier die Kosten – vor allem die laufenden - doch wesentlich über den ursprünglich von der Gemdat bekannt gegebenen liegen, schlägt AL Schrattecker eine Aufschiebung der Auftragsvergabe vor. Auch die Tatsache, dass man künftig wieder keine Abgangsgemeinde mehr sein wird und somit die Herstellungskosten zur Gänze selber zu tragen hätte, wird dabei zu berücksichtigen sein. Man will sich daher hier noch einen genaueren Überblick verschaffen, bevor man weitere Schritte setzt.

GR Ing. Ornetzmüller fragt über den Stand der **Abrechnung beim GW Holzries** an.

Flächenwidmungsplanänderungsverfahren Windpark Silventus

Auf Anfrage von GR Ing. Ornetzmüller erklärt Bgm. Ing. Mayer, dass die Gemeinde zu den von der Abt. Raumordnung/Raumordnungsrecht zu Änderung Nr. 15 mitgeteilten Versagungsgründen mit Schreiben vom 30. November d.J. eine Stellungnahme abgegeben hat, was lt. Fr. Ing. Ornetzmüller eine Unverschämtheit darstellt, denn diese hätte ihrer Anschauung nach durch den Gemeinderat gehen müssen.

Bgm. Mayer erklärt jedoch, dass diese Vorgangsweise rechtlich gedeckt ist und er dies auch in Ordnung findet.

GR Weinhäupl Johann weist auf die relativ schlechte **Schneerräumung** im Bereich der Aussegnungshalle hin.

Abschließend bedankt sich Bgm. Ing. Max Mayer bei allen für ihre Mitarbeit im abgelaufenen Jahr, wünscht eine besinnliche Weihnachtszeit, vor allem aber Gesundheit und eine positive Lebenseinstellung.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 22.15 Uhr.


.....
(Vorsitzender)


.....
(Schriftführer)


.....
(Gemeinderat ÖVP)


.....
(Gemeinderat FPÖ)


.....
(Gemeinderat SPÖ)


.....
(Gemeinderat BZÖ)

Der Vorsitzende beurkundet, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom
..... 17. Februar 2011 keine Einwendungen erhoben wurden; über die erhobenen Einwendungen
der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.

Lohnsburg a.K., am 18. Februar 2011

Der Vorsitzende:


.....